

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 11.08.2011**

öffentlich

Ort: Stadtmuseum
"Christian Wolff Haus"
Große Märkerstraße 10
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 17:55 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Andreas Schachtschneider	ab 16.55 Uhr anwesend
Frau Ute Haupt	
Frau Hanna Haupt	
Herr Klaus Hopfgarten	
Frau Ilona Hackel	
Herr Ernst-Christoph Römer	als Stellvertreter anwesend/ab 16.15 Uhr
Frau Carmen Wiebach	
Frau Katja Raab	
Frau Sabine Wolff	
Frau Dr. Inés Brock	
Herr KR Ralf Berger	
Herr Leonhard Dölle	
Frau Dorothee Fischer	als Stellvertreter für Herrn Kramer anwesend/ab 16.20 Uhr
Frau Beate Gellert	
Frau Renate Leonhard	
Frau Anna-Maria Manser	als Stellvertreterin für Frau Schubert anwesend
Frau Peggy Rarrasch	
Frau Katharina Brederlow	
Frau Uta Kaupke	
Herr Tobias Kogge	
Herr Mirko Petrick	
Frau Petra Schneutzer	
Herr Andreas Wilhelm	

Entschuldigt fehlen:

Frau Heike Wießner	entschuldigt
Herr René Trömel	entschuldigt
Herr Dr. Hendrik Kluge	entschuldigt
Frau Carola Messerschmidt	
Frau Anja Pohl	
Herr Richter Bruno Glomski	entschuldigt
Frau Antje Klotsch	
Herr Uwe Kramer	Stellv. anwesend
Herr Philipp Pieloth	entschuldigt
Herr Max Privorozki	
Frau Helga Schubert	Stellv. anwesend
Frau Heike Brink	entschuldigt
Frau Gabriele Heder	entschuldigt
Frau Susanne Wildner	

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 05. Mai 2011
- 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 09. Juni 2011
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Vorstellung des zentralen Steuerungsinstrumentes des Amtes "Balance Scorecard für den Bereich Hilfen zur Erziehung, Hilfen für junge Volljährige, Eingliederungshilfen für seelisch behinderte/von Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche"
Berichterstattung: Frau Schöps, Amt für Kinder, Jugend und Familie
- 6. Beschlussvorlagen
- 7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM auf Abschaffung der Betriebsferien beim Eigenbetrieb Kindertagesstätten
Vorlage: V/2011/09885
- 7.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der Finanzierungsmöglichkeit einer Streetworker-Stelle
Vorlage: V/2011/09905
- 8. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 9. Mitteilungen
- 9.1. Bericht zur Entwicklung im Bereich KITA und HzE
- 10. Themenspeicher
- 11. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 12. Anregungen

zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

Frau Hanna Haupt eröffnete die Sprechstunde. Da keine Kinder und Jugendlichen erschienen waren, wurde die Sprechstunde sofort geschlossen.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Frau Hanna Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Hanna Haupt stellte die Tagesordnung fest, diese wurde bestätigt.

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift**

zu 3.1 **Genehmigung der Niederschrift vom 05. Mai 2011**

Die Niederschrift wurde ohne Änderungen bestätigt.

zu 3.2 **Genehmigung der Niederschrift vom 09. Juni 2011**

Die Niederschrift wurde ohne Änderungen bestätigt.

zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Frau Hanna Haupt gab aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 28.06.11 den Beschluss bekannt:

Es erfolgte erst eine ***Einzelabstimmung zu den vorgeschlagenen Anträgen in Anlage 2.***
Dann erfolgte die **Abstimmung der gesamten Vorlage einschließlich der beschlossenen Änderungen**

Es erfolgte im JHA eine mehrheitliche Zustimmung zum

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt im Rahmen des durch den Stadtrat beschlossenen Budgets für die Förderung freier Träger in Höhe von 2.365.600 Euro die Förderung von Projekten in dem Förderbereich Innovative Projekte entsprechend der Anlage.

Der Haushaltsvorbehalt ist weiterhin gültig.

**zu 5 Vorstellung des zentralen Steuerungsinstrumentes des Amtes
"Balance Scorecard für den Bereich Hilfen zur Erziehung, Hilfen für
junge Volljährige, Eingliederungshilfen für seelisch behinderte/von
Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche"
Berichterstattung: Frau Schöps, Amt für Kinder, Jugend und Familie**

Frau Schöps stellte das zentrale Steuerungsinstrument "Balance Scorecard (BSC) für den Bereich HzE, Hilfen für junge Volljährige" vor und wies darauf hin, dass hierzu Material vorab den Mitgliedern bereits zugegangen ist. Sie wies auf die unterschiedlichen Sozialräume und Wohnumfelder hin, wo die Bedarfe unterschiedlich sind und genau hingeschaut werden muss. Ziel ist es, im stationären Bereich abzubauen. Es gibt verschiedene Leistungsträger, beim § 35a sind wir gebunden. Eine Prüfung und Kontrolle muss bei den Leistungen gegeben sein.

Frau Wolff kritisierte, dass heute nur allgemein auf BSC eingegangen wurde. Sie hat erwartet, dass hierzu Zahlenmaterial geliefert wird. Es gibt die Studie der START gGmbH, welche einige Jahre zurück liegt. Sie hat das Gefühl, dass wir nicht weitergekommen sind. Sie hätte heute mehr gezielte Informationen mit Zahlenunterstützungen erwartet.

Frau Brederlow antwortete, dass es bei BSC um ein Steuerungsinstrument geht, welches seit Beschluss des Fachkonzeptes umgesetzt wird. Es sind einzelne Entwicklungen in den Sozialräumen da. Es geht um Menschen und nicht Maschinen, über welche wir reden. Es kann hierzu diskutiert werden, aber nicht heute.

Frau Wolff sprach an, dass im Themenspeicher dies vorgemerkt war. Es ist wichtig, mit Zahlenwerk zu argumentieren und nicht nur eine bloße Vorstellung dazu zu geben. Dies wurde auch heute erwartet.

Frau Dr. Brock fragte an, ob sie – da sie erst seit 2009 im Stadtrat ist – das richtig verstanden habe, dass dies seit 2007 aktuell ist.

Frau Schöps antwortete, dass sich die Verwaltung seit 2007 für die BSC als Steuerungsinstrument entschieden hat. Dies muss den aktuellen Bedingungen angepasst und fortgeschrieben werden.

Frau Dr. Brock sprach an, dass sich also seit 2007 eine Entwicklung ergeben hat, was heute so nicht deutlich wurde. Wenn Prozess ein Kriterium ist, sollte dies nachvollzogen werden.

Frau Schöps sprach an, dass im Unterausschuss Jugendhilfeplanung bereits Tabellen und Controllingdarstellungen vorgelegt worden sind. Eine Prozessdarstellung kann gemacht werden ab 2007, dies sollte Thema im UA Jugendhilfeplanung sein.

Frau Brederlow sprach an, dass manche Sachen differenzierter wahrgenommen werden. Die Entwicklung in den einzelnen Sozialräumen müsste dargestellt werden, auch verschiedene Wirkungen auf die Jugendhilfe z.B. Jobcenter spielen hierbei eine Rolle. Große Einsparungen sind nicht gekommen sondern andere Entwicklungen. Perspektivisch ist dies nicht nur aus finanztechnischer Sicht anzuschauen.

Anfrage Herr Dölle, da hier die Rede vom zentralen Steuerungsinstrument ist, welche weiteren es noch gibt? Wie ist die Gewichtung der vier genannten Perspektiven zu sehen?

Frau Schöps antwortete, dass mit dem Fachkonzept durch das Amt als Steuerungsinstrument die BSC gewählt worden ist. BSC ist Zielpyramide, als durchgehendes Steuerungsinstrument hier nur im Bereich HzE dargestellt. Bisher sind wir im Bereich HzE am weitesten, da hier Aufbau und Darstellung klar sind. Momentan gibt es vier Perspektiven. Die Kontrolle ist noch nicht dort wo sie sein soll. Darstellung und Controlling muss sich weiter entwickeln, das sind Prozesse, die sich ständig verändern.

Anfrage Herr Dölle, was die Arbeit des Amtes mit der BSC für die freien Träger bedeutet?

Frau Schöps antwortete, dass im Arbeitskreis Freier Träger auch die BSC vorgestellt wird.
Frau Brederlow antwortete, dass mit der BSC ein einheitliches Handeln im Jugendamt gegeben ist. Dies wurde im Vorfeld öfters kritisiert, dass wir „drei kleine Ämter“ haben und unterschiedlich agieren. Die Sozialarbeiter haben die gleichen Fragen, Kontrollen etc., eine Einheitlichkeit soll gegeben sein.

Anfrage Frau Dr. Brock, wie wir jetzt weiter damit umgehen?

Vorschlag Frau Brederlow, im Themenspeicher JHA 03.11. dies mit aufzunehmen, dass hierzu ausführlich berichtet und diskutiert werden kann, da auch für diesen JHA die Fortschreibung der Jugendhilfe mit anstehen soll. Da passt dies zusammen.

Damit war der heutige TOP abgeschlossen.

zu 6 **Beschlussvorlagen**

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 7 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 7.1 **Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM auf Abschaffung der Betriebsferien beim Eigenbetrieb Kindertagesstätten** **Vorlage: V/2011/09885**

Frau Hanna Haupt sprach an, dass heute ein modifizierter Antrag hierzu allen Mitgliedern ausgeteilt worden ist. Sie gab das Wort an die Vertreterin der antragstellenden Fraktion, Frau Wolff.

Frau Wolff sprach an, dass die Fraktion den Antrag modifiziert hat, damit bei Antragsbearbeitung die Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen entsprechend geändert wird.

Frau Brederlow sprach an, dass bisher keine satzungsändernde Formulierung vorgelegen hat und heute dieses Thema grundsätzlich diskutiert werden soll. Wenn diese Änderung in die Satzung einfließt, betrifft dies nicht nur den Eigenbetrieb KITA sondern auch die Freien Träger. Deswegen sollten sich hierzu auch heute die Freien Träger äußern.

Frau Dr. Brock unterstützt diese Modifizierung. Dies würde jetzt den Freiwilligkeitscharakter zwischen der KITA-Leitung und den Elternkuratorien annehmen. Sinnvoll wäre es, während der Betriebsferien die Kinder nicht in andere Einrichtungen wechseln zu lassen sondern in den jeweiligen Einrichtungen Angebote zu unterbreiten. Bis zum nächsten Sommer sollte dies geklärt sein.

Herr Kogge wies ausdrücklich darauf hin, dass der Personalschlüssel des Landes feststeht, eine Kostenneutralität muss beachtet werden. In jeder Einrichtung muss dies entsprechend des Personalschlüssels und der vorhandenen Kosten realisiert werden. Beim Wegfall der Betriebsferien ändert sich hier nichts, wie es bereits von KITA-Trägern angenommen worden ist.

Frau Gellert sprach an, dass die Einrichtungen ihres Vereins noch nie Betriebsferien hatten, da dies kundenorientiert gestaltet wurde. Andere Träger haben Betriebsferien. Die Abschaffung oder Beibehaltung von Betriebsferien sollte in der Entscheidung der Träger selbst bleiben. In den Ferien wird insbesondere in den Horten immer mehr die Erfahrung gemacht, dass viele Kinder keinen Urlaub mehr mit Familie machen sondern 6 Wochen die Ferienbetreuung haben. Dies ist sehr bedauerlich, dass Eltern dies nicht mehr als vorderdringlich ansehen, Ferienzeit mit ihren Kindern zu verbringen.

Frau Dr. Brock sprach an, dass die Träger dann mehr Ferienangebote unterbreiten sollten, wenn dies so festgestellt wird.

Frau Wolff wies darauf hin, dass ihr Antrag nicht beinhaltet, dass sie den Trägern vorschreiben wollen, die Betriebsferien in ihren Einrichtungen abzuschaffen.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass die Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen, welche hierzu verändert werden soll, auch für die Freien Träger gilt.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung des Antrages auf.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt.

Geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) spricht sich für die Abschaffung der Betriebsferien in den Kindertageseinrichtungen des Eigenbetriebes Kindertagesstätten mit Beginn des Jahres 2012 aus und beauftragt die Eigenbetriebsleitung und die Oberbürgermeisterin alle dafür notwendigen Schritte beim Eigenbetrieb bzw. bei der künftigen Anstalt des öffentlichen Rechts (u. a. ~~Streichung~~ **Modifizierung** § 5 der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)“) einzuleiten. **Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat einen Satzungsentwurf vorzulegen, der die Entscheidungskompetenz, ob Betriebsferien stattfinden, auf das Elternkuratorium in Zusammenarbeit mit der LeiterIn der jeweiligen Einrichtung verlagert.**

**zu 7.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der Finanzierungsmöglichkeit einer Streetworker-Stelle
Vorlage: V/2011/09905**

Frau Hanna Haupt sprach an, dass dieser Antrag nicht in den Jugendhilfeausschuss gehört hätte, aber an diesen verwiesen worden ist und somit zur Behandlung ansteht. Sie gab das Wort an die Vertreterin der antragstellenden Fraktion, Frau Dr. Brock.

Frau Dr. Brock sprach an, dass die Situation im Bereich der erwachsenen Suchtkranken verbessert werden soll. Der Antrag beinhaltet den Auftrag für die Verwaltung zur Schaffung einer Stelle eines Straßensozialarbeiters für diese Zielgruppe.

Frau Gellert fragte nach, ob es hierbei um die sogenannten „Straßentrinker“ geht.

Frau Dr. Brock bestätigte, dass es um die „Freilufttrinker“ geht, um die sich ein Straßensozialarbeiter kümmern soll.

Frau Wolff merkte an, dass es sich hierbei um einen Prüfauftrag an die Verwaltung handelt, ob die Möglichkeit für die Schaffung dieser Stelle finanziert werden kann.

Frau Hanna Haupt sprach an, dass hier die Wohnungsunternehmen Interesse haben sollten, diese Problematik anzugehen.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass die Verwaltung empfohlen hatte, diesen Prüfauftrag anzunehmen.

Frau Dr. Brock sprach an, dass bereits in Leipzig dies läuft und diese bereits Erfahrungen hierzu haben. Dies wird also nicht neu erfunden.

Herr Hopfgarten äußerte sich dahingehend, dass der JHA sich für diesen Antrag unzuständig erklären sollte.

Die Mehrheit der Mitglieder sprach sich dafür aus, diesen Antrag abstimmen zu wollen.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

10	Ja-Stimmen
0	Nein-Stimmen
1	Enthaltung

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob für die Stadt Halle eine zusätzliche Stelle einer Straßensozialarbeiterin bzw. eines Straßensozialarbeiters für die Zielgruppe der erwachsenen Suchtkranken insbesondere durch Förderprogramme der EU oder andere Förderprogramme finanziert werden kann.
2. Es ist auch zu prüfen, ob ein Teil der benötigten Mittel durch finanzielle Beteiligung z. B. von Vermietern, Wohnungsgesellschaften und Einkaufszentren eingeworben werden kann.
3. Das Prüfergebnis ist dem Stadtrat im November 2011 vorzulegen.

zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine Anfragen vor.

zu 9 Mitteilungen

Frau Brederlow teilte mit:

- dass Herr Kogge die LIGA zu einem Gespräch zu HzE eingeladen hat, wobei Entwicklungen und Strategien eine Rolle spielen werden. Dieses findet am 25.08.11 statt.
- dass es Anfragen von freien Trägern gibt, welche neue Kitas schaffen wollen. Hier führt die Verwaltung einen Demografiecheck durch, welcher dazu führen kann, dass es trotz fehlender Kita-Plätze nicht immer Zustimmung geben wird. Perspektivisch ist zu sagen, dass es in der Silberhöhe und Neustadt kein Bedarf an weiteren Kitas gesehen wird. Dort wo absehbar ist, dass ein dringender Bedarf langfristig gesehen wird, sieht das anders aus. Trotz Nichterteilung von Zustimmungen ist es gegenwärtig dennoch möglich, dass Träger ihr Bauvorhaben durchführen. Dies wird sich hoffentlich bald ändern.
- dass bekannt ist, dass der Haushalt der Stadt durch das LVA nicht genehmigt worden ist. Das führt dazu, dass es nach wie vor bei der 80%igen Auszahlung bleiben muss.
- Dass gegenwärtig Prüfungen der Jugendämter stattfinden. Zur Zeit ist der Landesrechnungshof im städtischen Jugendamt, vorher war er im Harzkreis und in Magdeburg im JA. Es gibt Anfragen des LRH, einzelne Träger aufzusuchen. Sie wird hierüber die Träger, die es betrifft, informieren.
- Es gab den Antrag der SPD-Fraktion zur Kooperation von Schulen und Horten, wo u.a. auch beschlossen wurde, dass es eine gemeinsame Tagung geben soll. Die Tagung ist für den 26.03. – 29.03.12 vorgesehen. Zur Vorbereitung wird das LVA, Bereich Schulen, mit eingebunden. Wir hoffen, dass die Beteiligung diesmal anders sein wird als bei der Horttagung.

Weitere Mitteilungen:

Frau Gellert teilte mit, dass vom 02.09.-04.09.11 im Süden wieder das Parkfest rund um das Tallinn stattfinden wird. Dieses Fest ist ausschließlich durch Sponsoring von Unternehmen, Politikern, Wohnungsgesellschaften und engagierten Bürgern möglich. Sie verteilte die Flyer hierzu im JHA und lud dazu ein.

Frau Schneutzer teilte mit, dass auf der Homepage der Stadt die Seite für „Ausländer und Migranten“ evaluiert worden ist. www.halle.de/Zielgruppen/Auslaender-undMigranten. Hier sind das Integrationsnetzwerk, Hilfe und Beratung, die Thematik Bildung enthalten.

zu 9.1 Bericht zur Entwicklung im Bereich KITA und HzE

Frau Brederlow sprach an, dass heute im Bericht noch nicht die aktuellen Zahlen vorgelegt werden können, dies wird im JHA November untersetzt.

Frau Schöps legte die statistischen Übersichten als Präsentation vor und erläuterte diese. Sie ging hierbei auf die Entwicklung der Fallzahlen, das Verhältnis der familienunterstützenden, -ergänzenden sowie -ersetzenden Hilfen; § 35a und § 27.2 SGB VIII, die Auszahlungen nach Monaten (bis Mai 2011) ein und legte eine Analyse der Fallzahlen zum Kinderschutz vor. Letzteres betraf eine erste Evaluation von Kinderschutzfällen – I. Halbjahr 2011. Sie sprach an, dass alle Fallzahlen gestiegen sind, hier müssen mit Steuerungsinstrumenten Grenzen gesetzt werden. Wenn Kinder dringend Hilfe benötigen, kann aber keine andere Entscheidung getroffen werden. Sie erläuterte die Fallzahlen im Einzelnen. Die Präsentation wird der Niederschrift beigefügt. Bei der Darstellung der Eingliederungshilfen gemäß § 35a verwies sie darauf, dass sich hier verschiedene Krankheitsbilder wie bspw. Autismus spürbar bemerkbar machen und dass bereits Kinder im KITA-Alter im Bereich des § 35a steigend sind. Behinderte Kinder sind ansteigend im Bereich der Jugendhilfe . Frau Brederlow ergänzte, dass es für Letztere Integrationshelfer in Schulen gibt, die Problematik muss beobachtet werden.

Anfrage Frau Wolff, inwieweit hier durch das Jugendamt die anvisierte Verständigung mit den Krankenkassen erfolgte.

Frau Brederlow antwortete, dass es hierbei Erfolge wie Misserfolge zu verzeichnen gibt. Hilfreich wäre eine eindeutige Gesetzgebung hierzu. Die große Frage ist, wie können die Krankenkassen eingebunden werden.

Frau Wolff bat darum, dass bei dem Bericht im November auch hierzu eine Zahlendarstellung geliefert wird. Dies wurde zugesagt.

Frau Schöps sprach an, dass durch Streitigkeiten mit anderen Leistungsträgern und Gerichtsurteilen, die dies der Jugendhilfe zuweisen, Rechnungen oftmals verspätet noch bezahlt werden müssen.

Anfrage Frau Wolff, wie eingeschätzt wird, dass die eingestellte Summe in diesem Bereich nicht ausreicht und überzogen wird.

Herr Kogge antwortete, dass eine reelle Einschätzung erst im III. Quartal 2011 erfolgen kann. Jetzt sind wir bei 1,9 Mio € angekommen. Es gibt eine Veränderung bei den Sozialhilfefällen, es sind mehr Kinder in Bedarfsgemeinschaften, durch die Gesetzgebung zum Kindeswohl wird noch mehr hingeschaut und mehr Fälle gemeldet. Je mehr man sich ansieht, um so mehr wird entdeckt. Realistisch kann erst im November hierzu eine Aussage getroffen werden.

Frau Schöps sprach die Fälle zur ersten Evaluation der Kinderschutzfälle im I. Halbjahr 2011 an. Es gab 6.127 Ratsuchende im ASD im Amt gesamt. Kinderschutzfälle im Amt insgesamt 332, prozentual im Verhältnis zu den Ratsuchenden waren dies 5,4%. Fallmeldungen gab es durch Gesundheitsdienste, die Jugendhilfe, Kita, Schule, Polizei und Andere. Täter außerhalb der Familie

liegen hier bei 22 und innerhalb der Familie bei 177. Das macht innerhalb der Familie prozentual im Verhältnis zu den Kinderschutzfällen gesehen 88,9% aus.

Das Gesetz zum Kindeswohl hat bewirkt, dass vermehrt Verdachtsmomente ausgesprochen und Fälle sichtbar werden. Auffällig sind die geringen gemeldeten Zahlen aus dem Kita- und Schulbereich. Das Alter der Kinder wurde ebenfalls angesehen. Die Arten von Kindeswohlgefährdungen wurden ebenfalls aufgeschlüsselt (Vernachlässigung, Misshandlung, sexuelle Gewalt, seelische Gewalt).

Frau Brederlow ergänzte, dass die Berichtszahlen Ergebnis der Netzwerkstelle hierzu sind.

Frau Schöps sprach an, dass Folge der Kindeswohlgefährdungen Gefahr für Leib und Seele als auch die Gefährdung der Entwicklung ist. Letzteres beträgt 81,3 % .

Maßnahmen hierbei sind: Inobhutnahmen, Kontrollvertrag mit den Eltern, Kontrollvertrag über Clearing, Maßnahmen HzE §§ 27ff.

Anfrage Herr Dölle zu den 81 Fällen von Inobhutnahmen (IO) im I. Halbjahr 2011. Bedeutet das, dass jeden 2. Tag eine IO erfolgen musste? Reichen die Plätze in der Klosterstraße dafür aus?

Frau Brederlow antwortete, dass die Klosterstraße eine Kapazität von 13 Plätzen hat, trotz der Sperrung einer Etage aus Brandschutzgründen. Bei IO gibt es auch Bereitschaftspflegefamilien. Seit der Sperrung der einen Etage wurden auch freie Träger angefragt für eine Aufnahme/IO.

Frau Wolff sprach an, dass Pflegefamilien nicht so viele sind. Sie bat im Bericht November um eine Prognose und einer Darstellung von Veränderungen in diesem Bereich.

Anfrage Frau Gellert, ob die Klosterstraße Kinder zwischen 8 – 16 Jahren aufnimmt?

Frau Brederlow antwortete, dass im Konzept der Klosterstraße steht, dass Kinder ab 10 Jahre aufgenommen werden. Andere Kinder werden möglichst in Bereitschaftspflegefamilien untergebracht, welche allerdings nur begrenzt da sind. Der Bedarf für Kleinkinder ist höher als tatsächlich durch Pflegefamilien abdeckbar. Hier wird das Konzept verändert und auch vorgestellt.

Der Bericht zur Entwicklung im HzE-Bereich war damit abgeschlossen.

Frau Schöps informierte zum Bereich KITA.

Sie sprach an, dass es in der Darstellung drei Balken gibt: Bedarfsplan 2011, die Ist-Durchschnittsbelegung und die Kapazität für Kinderkrippe, Kindergarten und Horte. In den Krippen ist die Kapazität gegenüber der Ist-Belegung höher. Bei den Kitas ist die Ist-Durchschnittsbelegung höher als die Kapazität. Die Zahlen werden sich jetzt im Sommer durch den Wechsel Kita zu Hort nochmals verändern. Momentan sind im Hort etwas weniger Kinder als im Plan vorgesehen, das wird sich jetzt noch ändern.

Frau Brederlow sprach an, dass der Bereich der Innenstadt und der Südstadt hier problematisch ist.

Frau Schöps sprach an, dass anders als bei Kitas, wo auch außerhalb des Einzugsbereiches Plätze vermittelt werden können, dies bei den Horten anders gelagert ist. Hier muss der Einzugsbereich berücksichtigt werden.

Anfrage Frau Dr. Brock, dass die Planung hierfür im Oktober vorgelegt werden soll und man dann nochmals die Zahlen detailliert sieht. Tagespflegeeltern sind doch auch eine Möglichkeit.

Frau Schöps sprach an, dass es schwierig ist, Tagespflegeeltern zu finden. Sie informierte dann über die Auszahlungen und Zahlungsströme von Januar-Juni 2011.

Frau Gellert sprach an, dass die Frage ist, wie wir mit den Zahlen umgehen. Eltern denken oft noch, dass eine Anmeldung für die Schule automatisch auch die Anmeldung für den Hort beinhaltet. Diese Zahlen werden sich zu Schulbeginn nochmals verändern, wenn Eltern merken, dass sie ihr Kind noch für den Hort anmelden müssen. Was erwartet die freien Träger im Kita-Bereich hinsichtlich der Zahlungen?

Frau Schöps antwortete, dass auch in diesem Bereich erst im III. Quartal realistische Aussagen getroffen werden können. Die Zahlen werden jetzt neu erhoben.

Frau Hanna Haupt dankte für die Ausführungen der Verwaltung.

zu 10 Themenspeicher

Frau Hanna Haupt sprach an, dass es Veränderungen im Themenspeicher gibt. Die für den JHA 01.09. vorgesehenen Vorlagen „Spielplatz Am Preßlersberg“ und „Investitionsvorhaben von 2012-2017“ haben noch internen Abstimmungsbedarf in der Verwaltung und wurden für den 01.09. zurück gezogen. Diese verschieben sich nach hinten. Am 01.09. wird es den Streetworkbericht und die Vorstellung der Vorsitzenden der Sozialraumgruppen geben. Für den JHA am 06.10.2011 wurde Herr Prof. Titus Simon zur Studie von Prof. Pfeiffer eingeladen. Herr Simon kommt aus den AltBL angereist und dieser TOP wird ein größeres Zeitvolumen in Anspruch nehmen, da seit Monaten dies für notwendig erachtet wurde, dies auf die TO zu setzen. Demzufolge wird es im Oktober zur TO Verschiebungen bzw. Absprachen mit der Verwaltung geben.

zu 11 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Anfrage Frau Ute Haupt zum Stand der Spielplatzpatenschaften. Über dieses Thema sollte Geredet werden. Evtl. ist das Netzwerk Spielplätze hierzu mit einzuladen.

Die Verwaltung prüft die Aufnahme im Themenspeicher, für wann dies aufgenommen werden kann.

Herr Kogge antwortete, dass hierzu Herr Weiske sich äußern muss. Prüfung für evtl. JHA November erfolgt.

Anfrage Frage Dr. Brock an Herrn Kogge, da dieser im Bildungsausschuss sich geäußert hatte, dass er heute eine Mitteilung zur Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket machen würde.

Herr Kogge antwortete, dass sich hierzu die Amtsleiterin äußern soll.

Frau Brederlow antwortete, dass Schulsozialarbeit nicht Bestandteil des Bildungs- und Teilhabepaketes ist. Es ist ein Teil für Maßnahmen (Mittagessen etc.). Hier muss ein System entwickelt werden, wie es aussehen soll. Sie wird hierzu im JHA am 01.09.11 unter Mitteilungen informieren.

Anfrage Frau Dr. Brock, welche Rechtsauffassung im Fall der Jägerplatzschule vertreten wird. Es gab im Stadtrat eine Entscheidung zu dieser Schule. Die Stadtverwaltung hat die Fraktionen erst Anfang August über die Entscheidung des LVA informiert und die Widerspruchsfrist verstreichen lassen. Kann die Jägerplatzschule erhalten bleiben oder nicht?

Herr Kogge antwortete, dass das Land für die Größenordnung der Schule zuständig ist. 90 Kinder sind erforderlich, um Bestand zu haben, was nicht erreicht wurde. Er ist nicht dafür zuständig, die Zahlen zu erhöhen. Es sind für diese Schule 61 Kinder angemeldet. Demzufolge hätte es auch keinen Sinn ergeben, Widerspruch einzulegen, da nachweislich nicht mehr Anmeldungen erfolgt sind. Somit ist die Mindestzahl nicht erreicht, welche durch das Land vorgegeben wurde.

Im Bildungsausschuss gab es eine interessante Äußerung der Vertreterin der Comeniuschule, welche ausgesagt hat, dass mindestens 150 Kinder an einer Förderschule sein müssen, um bestandsfähig zu bleiben.

Frau Dr. Brock fragte an, ob bis 31.12.11 eine Fortschreibung geliefert wird, aus welcher bspw. hervorgeht, dass die Makkarenkoschule geschlossen werden muss und dafür die Jägerplatzschule bleibt.

Herr Schachtschneider wies darauf hin, dass hierzu im Bildungsausschuss nochmals gesprochen werden muss und dies heute kein Thema hier ist.

Anfrage Frau Wolff zum weiteren Vorgehen hinsichtlich der beschlossenen Prioritäten in der Jugendhilfe. Die Haushaltsverfügung vom Land ist diesmal extrem streng. Es soll eine Liste an das LVA gehen, auf welcher enthalten sein soll, welche Leistungen erhalten bleiben sollen. Kann gesagt werden, welche Leistungen in der Jugendhilfe bleiben werden? Wie erfolgt die Auszahlung auf Grund des nicht genehmigten Haushaltes?

Frau Brederlow antwortete, dass für die beschlossenen Leistungen wie bisher eine Freigabe beantragt wird. Inwieweit diese erfolgt, bleibt abzuwarten. Der JHA wird darüber informiert werden.

Herr Kogge sprach an, dass das LVA festgelegt hat, dass monatlich geplante freiwillige Leistungen beantragt werden müssen. Die Verwaltung stellt hierzu die Anfrage, ob dies als Härte empfunden wird oder nicht und nach Freigabe erfolgen die Auszahlungen.

Frau Gellert sprach an, dass der „Sparkommissar“ umgeht in der Stadt. Wie kompliziert ist das Verfahren und wie lange dauert dieses? Die Anträge zur Finanzierung von Ferienfreizeiten wurden abgelehnt, hier gehen Eltern in Widerspruch. Eine Klärung muss hier erfolgen.

Herr Kogge antwortete, dass im freiwilligen Bereich überhaupt nicht ausgezahlt werden soll. In der Jugendhilfe wird dies anders gesehen und gehandhabt.

Frau Gellert regte an, dass die Stadt auf Grund der fehlenden Haushaltsmittel mehr Ordnungsmaßnahmen ergreifen sollte. Ihr ist ein Fall bekannt, wo ein Jugendlicher auf Grund seiner weggeworfenen Zigarettenkippe 30 € Bußgeld zahlen musste. Sie bat darum, dass hier mehr Einfluss auf das Ordnungsamt genommen wird, hier mehr Kontrollen und Maßnahmen durchzuführen.

Herr Kogge antwortete, das Ordnungsrecht und Finanzen das Eine sind. Die Stadt soll sauber und lebendig gehalten werden. Er nimmt diese Anregung auf.

zu 12 Anregungen

Frau Wolff regte an, dass der Friedenskreis sich im JHA sich mal vorstellt, da es hier im letzten JHA zur Arbeit des Friedenskreises unterschiedliche Auffassungen gab. Frau Brederlow wird sich hierzu mit ihr abstimmen und bat Frau Wolff auf sie zuzugehen.

Frau Hanna Haupt beendete gegen 17.45 Uhr den öffentlichen Teil und stellte die Nichtöffentlichkeit her. Es wurde keine Pause angesagt, da das Zeitvolumen dies noch nicht erforderte.

Hanna Haupt

Uta Kaupke

Ausschussvorsitzende

Protokollführerin